

Rundbrief – November III – 2024

IStGH erlässt Haftbefehl gegen Netanjahu Wanted wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen

Der Internationale Strafgerichtshof hat Haftbefehl gegen Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu erlassen. Er steht seit Monaten unter Kritik.

21.11.2024 17:22 Uhr teilen [taz](#)



Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und der Ex-Verteidigungsminister Yoav Gallant. Es bleibt abzuwarten, ob sie in Deutschland einreisen, dürfen Foto: Abir Sultan/ap

Von [Julia Neumann](#)

Berlin taz | Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) hat Haftbefehle für die Akteure einiger Konfliktparteien im Gaza Krieg ausgestellt. [Gegen Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, den Ex-Verteidigungsminister Joav Galant](#) sowie den militärischen Hamas-Anführer Mohammed Deif wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Netanjahu und Galant werden auch Aushungern als Mittel

der Kriegsführung, Mord und Verfolgung vorgeworfen. Das teilte das Gericht in Den Haag am Donnerstag mit.

Netanjahu und Galant seien als zivile Vorgesetzte für das Kriegsverbrechen des vorsätzlichen Angriffs auf die Zivilbevölkerung in Gaza strafrechtlich verantwortlich. Das Büro von Netanjahu nannte die Haftbefehle antisemitisch. Israel erkennt den IStGH nicht an. Die Hamas wiederum verkündete, die Befehle sollten auf alle israelischen Anführer ausgeweitet werden.

Der Chefankläger, [Anwalt Karim Khan](#), hatte die Haftbefehle im Mai beantragt. Gegen mehrere Hamas-Anführer wegen des Überfalls und der Tötung von Zivilist*innen und des Kriegsverbrechens der Geiselnahme am 7. Oktober 2023 in Israel und wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit von Israels Regierung in Gaza.

Khan hatte ursprünglich auch Haftbefehle für den Hamas-Anführer in Gaza, Jahia Sinwar, und den politischen Hamas-Chef Ismail Hanijeh beantragt. Beide wurden vom israelischen Militär und Geheimdienst getötet. Ob al-Masri noch lebt, ist fraglich. [Israel hatte erklärt, ihn bei einem Luftangriff getötet zu haben](#). Die Hamas hat das weder bestätigt noch dementiert. Vorsorglich erließ der Strafgerichtshof den Haftbefehl.

Amnesty kritisiert die Bundesregierung

Menschenrechtsverteidiger*innen sehen in dem Erlass den Versuch, die Glaubwürdigkeit des internationalen Rechtssystems wiederherzustellen. „Niemand steht über dem Völkerrecht: keine Anführer bewaffneter Gruppen, keine Regierungsangehörigen, seien sie gewählt oder nicht, keine Militärangehörigen“, sagte Agnès Gallimard, Generalsekretärin von Amnesty International, im Mai. Amnesty hatte die Bundesregierung kritisiert, völkerrechtswidrige Handlungen der israelischen Regierung nicht als solche zu benennen und so die Arbeit des Strafgerichtshofs zu beschädigen. Die Ermittlungen leitete die US-Anwältin Brenda J. Hollis. Sie war bereits Teil des Ermittlungsverfahrens gegen Russlands Präsidenten Wladimir Putin. Das Gericht hatte im März 2023 einen Haftbefehl gegen Putin erlassen.

Das Beispiel Putin zeigt, dass ein vorliegender Haftbefehl nicht unbedingt dafür sorgt, dass Kriegsverbrecher hinter Gitter kommen. Putin reiste Anfang September in die Mongolei. Ein Land, das den Strafgerichtshof anerkennt. Trotzdem nahm die Mongolei Putin nicht fest. Der Haftbefehl wurde bisher nicht vollstreckt.

Die 124 Staaten, die den Strafgerichtshof rechtlich tragen, sind nun verpflichtet, Netanjahu, Galant und Deif festzunehmen und an den Gerichtshof in Den Haag auszuliefern. Diese Pflicht gilt auch für

Deutschland. Unter Völkerrechtler*innen ist allerdings umstritten, ob die völkerrechtliche Immunität eines Präsidenten oder Regierungschefs eine Verhaftung ausschließt. Der ISTGH hat entschieden, dass die Immunität nicht bei seinen Haftbefehlen gelte. Er hat aber keine Möglichkeit, einen Staat zur Verhaftung Netanjahus zu zwingen.

Die Niederlande seien bereit, den Haftbefehl gegen Netanjahu zu vollstrecken, berichteten niederländische Medien. Von der Bundesregierung kam zunächst keine Stellungnahme. Im Mai hatte der Sprecher der Bundesregierung [gesagt](#), wenn die Entscheidung über einen Haftbefehl gegen Netanjahu ergangen sei, „müssen wir damit umgehen.“

Mitarbeit: Christian Rath

In Gaza: Plünderung der humanitären Hilfe unter den Augen der israelischen Armee

Die humanitäre Krise in der Enklave wird durch das Auftreten bewaffneter Banden verschärft, die Hilfslieferwagen plündern, kurz nachdem sie durch die israelischen Militärsperren gelangen.

Samuel Forey - Jerusalem 14. November 2024 **LE MONDE**



Ein Luftabwurf von humanitären Hilfsgütern im südlichen Gazastreifen am 12. November 2024. Foto zur Verfügung gestellt von der jordanischen Nachrichtenagentur. - / AFP

Das Szenario wiederholt sich immer häufiger. Nachdem sie die Grenze zwischen Israel und Gaza überquert haben, werden die Konvois mit humanitärer Hilfe nach einem Kilometer im palästinensischen Gebiet

geplündert. Und das vor den Augen der israelischen Truppen, die mit Gewehr bei Fuß stehen. Sobald sie die Kontrollen des israelischen Terminals *Kerem Shalom*, unweit der ägyptischen Grenze, passiert haben, werden die Lastwagen von bewaffneten Banden gestürmt. Diese seien immer besser organisiert, berichten Mitarbeiter humanitärer Hilfsorganisationen, die in der Enklave arbeiten. Gleichzeitig wird die palästinensische Polizei, die die Sicherheit der Ladungen gewährleisten könnte, von Israel aber mit der Hamas in Verbindung gebracht wird, von der Armee unerbittlich gejagt.

„Diese Banden befinden sich im östlichen Teil von Rafah, nahe der israelischen Grenze, in Gebieten, denen man sich nicht nähern kann, ohne von der Armee getötet zu werden“, berichtet ein palästinensischer Beobachter aus dem Süden der Enklave, der anonym bleiben möchte. *„Die Israelis haben wiederholt die palästinensische Polizei ins Visier genommen, die Hilfskonvois schützen wollte. Die Hamas hat vor kurzem eine Truppe namens „Pfeil“ aufgestellt, die Plünderer innerhalb der Städte ins Visier nehmen soll, doch in den Grenzgebieten kann sie nichts ausrichten. Es ist klar, dass Israel ein Interesse an diesen Plünderungen hat, die es doch sofort stoppen könnte.“*

Das Phänomen ist nicht neu. In den ersten Monaten des Krieges, der am 7. Oktober 2023 als Vergeltung für ein von der Hamas verübtes Massaker begonnen hatte, schienen die Plünderungen zunächst von der akuten Notlage getrieben zu sein. Bei den chaotischen Verteilungen, die in einer Zeit allgemeiner Knappheit stattfanden, nahmen Zivilisten die Hilfsgüter an sich. In den letzten Monaten haben jedoch bewaffnete Banden, die oft mit berüchtigten Kriminellen oder einflussreichen Familien aus dem südlichen Gazastreifen vernetzt sind, begonnen, ihrerseits Hilfskonvois zu überfallen.

Opportunes Gegengewicht

Diese Gruppen erhalten genaue Informationen über den Inhalt der Ladungen, sodass sie sich auf die Produkte konzentrieren können, die auf dem Schwarzmarkt zu hohen Preisen gehandelt werden können: von Lebensmitteln über Zigaretten bis hin zu verschiedensten Artikeln. So erbeuteten Kriminelle beispielsweise einen Vorrat an Windeln für Kinder und Erwachsene aus einer Ladung von *Ärzte ohne Grenzen* (MSF), während der Rest, der für sie von geringerem Interesse war, verschont blieb. *„All dies geschieht vor den Augen der israelischen Streitkräfte, die nichts tun, um diese Plünderungen zu verhindern“*, sagt *Amande Bazerolle*, Notfallmanagerin der Organisation in Gaza. *„Diese bewaffneten Banden sind mit Familien verbunden, die anscheinend gegen die Hamas sind. Es wird angenommen, dass sie von den Israelis toleriert werden, weil sie ein opportunes Gegengewicht zur islamistischen Bewegung darstellen“*, meint eine Quelle bei den Hilfsorganisationen.

Die Angriffe sind willkürlich: „Manchmal werden neun von zehn Lastwagen durchkommen. Ein anderes Mal wird die gesamte Ladung ausgeraubt. Das zwingt uns leider dazu, kleine Konvois von zehn bis fünfzehn LKWs zu bilden, um das Risiko zu begrenzen“, sagte ein hochrangiger humanitärer Helfer. Die Fahrer sind zunehmend mit Gewalt konfrontiert, einschließlich körperlicher Angriffe und Geiselnahmen. Einer von ihnen soll getötet worden sein, während anderen die Beine gebrochen wurden - Faktoren, die diese Mitarbeiter manchmal davon abhalten, sich hinter das Steuer zu setzen.

Der starke Rückgang der Handels- und humanitären Hilfsströme hat ein günstiges Umfeld für Plünderungen geschaffen. Im August fuhren laut einem Bericht des *World Food Programme* der Vereinten Nationen durchschnittlich 200 Lastwagen pro Tag nach Gaza. Im Oktober war diese Zahl auf 58 pro Tag gesunken - der niedrigste Durchschnitt seit November 2023. Dies, obwohl die USA die Israelis am 13. Oktober aufgefordert hatte, 350 Lastwagen pro Tag einzulassen. Dieser Rückgang führte zu einem Preisanstieg bei lebensnotwendigen Gütern: Der Preis für einen Sack Mehl stieg von 25 auf 200 Schekel, was ihn zu einem vorrangigen Ziel für kriminelle Gruppen macht.

Die israelischen Behörden erlegen den Hilfsorganisationen logistische Beschränkungen auf, die sie noch stärker den Machenschaften der Banden aussetzen. Die Ladungen müssen auf Pritschenwagen verladen werden, was den Plünderern die Möglichkeit gibt, ihren Fang auszuwählen. Im Süden der Enklave „öffnen die Israelis nur eine einzige Straße von Kerem Shalom aus und schicken uns so direkt zu den Plünderern“, betont Bazerolle.

Am Dienstag, dem 12. November, brachte die von humanitären Helfern seit langem geforderte Öffnung einer neuen Einreiseschleuse nach Gaza in *Kissoufim*, unweit von *Deir Al-Balah*, wo die überwiegende Mehrheit der Vertriebenen aus Gaza lebt, nicht die gewünschte Verbesserung. Im ersten Konvoi wurde ein Lastwagen geplündert. Im zweiten wurden am nächsten Tag 14 Lastwagen - von 20 - überfallen, 500 Meter von dem von der israelischen Armee kontrollierten Grenzübergang entfernt.

Schwere Folgen

Die israelischen Behörden weigern sich, Maßnahmen zu ergreifen, die das Risiko von Plünderungen verringern könnten: Öffnung mehrerer Grenzübergänge, Variation der Uhrzeiten und Routen, geschützte Ladungen. Dabei sind sie als Besatzungsmacht gemäß der *Vierten Genfer Konvention* für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung verantwortlich. „Ich weiß nicht, ob die Regierung selbst weiß, was sie tun will“, meint *Tania Hary*, Leiterin der israelischen NGO *Gisha*, die sich auf Probleme beim Zugang zum Gazastreifen spezialisiert hat. „Einige ihrer Mitglieder wollen, dass die Armee die Hilfslieferungen kontrolliert. Andere,

die den militärischen Kreisen näherstehen, wollen nicht, dass die Armee mit der Bevölkerung in Kontakt kommt. Und in dieser Dissonanz entsteht diese chaotische Situation, die die humanitäre Katastrophe noch verschlimmert."

In einer Antwort auf *Le Monde* macht COGAT, der Zweig der Armee, der für zivile Angelegenheiten in den besetzten palästinensischen Gebieten zuständig ist, die angeblich langsame Arbeit der Hilfsorganisationen für die Knappheit in Gaza verantwortlich. „Ihre Verteilungskapazitäten sind nach wie vor das größte Hindernis, um humanitäre Hilfe dorthin zu bringen, wo sie gebraucht wird“, argumentiert COGAT.

Die Plünderungen haben weitreichende Folgen. Die entwendeten Hilfsgüter werden zu überhöhten Preisen verkauft, wodurch den Menschen in Gaza lebensnotwendige Güter vorenthalten werden. Die Verantwortlichen für humanitäre Hilfe fordern dennoch keinen bewaffneten Schutz. Eine größere und besser verteilte Hilfe würde ihrer Meinung nach dazu beitragen, die Plünderungen einzudämmen. Laut einer Mitarbeiterin einer internationalen Hilfsorganisation hat sich die Situation in den letzten Wochen sogar verbessert, da sich lokale Gemeinschaften mobilisieren, um solche Angriffe zu verhindern.

Übersetzung: DeepL / korrigierte Fassung

Quelle: https://www.lemonde.fr/international/article/2024/11/14/a-gaza-le-pillage-de-l-aide-humanitaire-sous-l-il-de-l-armee-israelienne_6393463_3210.html

Spende

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10

BIC: GENODED1SPK

Spende Zweck: Humanitäre und medizinische Hilfe in Gaza – Palästina

